

Bauministerin Geywitz Vorschlag: Flucht aus Städten als Lösung?

SPD-Ministerin Geywitz fordert Städter zum Umzug aufs Land auf – Kritik wegen Versagens bei bezahlbarem Wohnraum.

NACHRICHTEN AG
ECHT. AKTUELL. FREI. - NEWS IN ECHTZEIT

Zieht doch aufs Land? Dieser Appell ist eine Frechheit!

Berlin. SPD-Bauministerin Klara Geywitz hat kürzlich die Menschen dazu aufgefordert, die Großstädte zu verlassen und sich in ländlichen Gebieten oder kleineren Gemeinden niederzulassen. Dieser Vorschlag hat heftige Kritik ausgelöst und wird als Eingeständnis politischen Versagens gewertet.

Auf den ersten Blick scheint es logisch: Die Großstädte platzen aus allen Nähten, während in ländlichen Gebieten viele Häuser leer stehen. Doch ein genauerer Blick zeigt, dass dies keine echte Lösung darstellt. Viele Menschen haben einen tief verwurzelten Wunsch, in der Stadt zu leben, sei es wegen des

urbanen Lebensgefühls oder konkreter beruflicher Bindungen. Die Städte brauchen zudem ihre Bewohner, etwa Feuerwehrleute, Erzieher und Pfleger, die essentiell für das Funktionieren des urbanen Lebens sind.

Klara Geywitz hob in einem Interview die Vorteile des Homeoffice und mobiler Arbeit hervor. Ihrer Ansicht nach könnten Menschen daher problemlos in kleine und mittelgroße Städte umziehen, da dort Kitas, Schulen und Ärzte ebenfalls vorhanden sind. Doch mobiles Arbeiten ist nicht universell anwendbar und viele Berufstätige müssen physisch an ihrem Arbeitsplatz präsent sein. Dies gilt insbesondere für systemrelevante Berufe, die in den Städten unverzichtbar sind.

Die Kritik an Geywitz' Vorschlag beschränkt sich nicht nur auf berufliche Aspekte. Studenten etwa, die bereits Schwierigkeiten haben, bezahlbare Wohnheimplätze oder WG-Zimmer in Universitätsstädten zu finden, werden mit diesem Appell ebenfalls allein gelassen. Denn die Mieten für studentisches Wohnen sind vielerorts so hoch, dass sie die im Bafög vorgesehenen Beträge deutlich übersteigen. Nach Jahren von Corona und Online-Lehre wäre es zudem unfair, von jungen Menschen zu erwarten, zu Hause bei den Eltern zu bleiben und sich an Fernuniversitäten einzuschreiben.

Die anhaltende Mietpreisexplosion in Ballungsräumen ist eines der drängendsten sozialen Probleme in Deutschland. Statt effektive Maßnahmen zu ergreifen, wie die im Koalitionsvertrag vereinbarte Senkung der Kappungsgrenze oder das Einhalten der Neubauziele von 400.000 neuen Wohnungen pro Jahr, bleiben viele politische Initiativen zahnlos. Die Mietpreisbremse wird zwar verlängert, aber ihre Wirkung ist begrenzt. Es sind insbesondere Menschen, die in attraktiven Städten oder deren umliegenden Gebieten eine Wohnung suchen, die unter diesem politischen Versagen leiden.

Viele Stadtbewohner haben berechtigte Ansprüche: Sie möchten die kulturellen Angebote und die urbane Infrastruktur nutzen

und gleichzeitig in der Nähe ihres sozialen Umfelds wohnen. Sie benötigen kurze Arbeitswege und ein lebendiges Stadtleben. Der Vorschlag, aufs Land zu ziehen, ignoriert diese Bedürfnisse und zwingt die Menschen, sich zwischen bezahlbarem Wohnraum und ihrem Wunsch nach urbanem Leben zu entscheiden.

Was hätten die Politiker tun können?

Eine nachhaltige Lösung für das Wohnungsproblem in den Städten hätte proaktive Maßnahmen umfassen können. Der Bau von bezahlbaren Wohnungen muss priorisiert und zügig vorangetrieben werden. Hierbei könnten staatlich geförderte Wohnbauprojekte eine entscheidende Rolle spielen. Eine wirklich effektive Mietpreisbremse, gekoppelt mit einer Senkung der Kappungsgrenze, wäre essenziell, um die Mietpreisentwicklung in den Griff zu bekommen.

Darüber hinaus könnte die Bundesregierung bessere Anreize für die Nutzung von leer stehenden Wohnräumen in den Städten schaffen und sicherstellen, dass die städtische Infrastruktur immer weiterentwickelt wird, um das Leben in der Stadt attraktiv und bezahlbar zu gestalten. Letztlich muss erkannt werden, dass sowohl Städte als auch ländliche Gebiete Unterstützung benötigen und umfassende politische Strategien erfordert sind, die beide Lebensräume berücksichtigen.

– **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de